

Riesfaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.
Genuss Nr. 20.

Das Riesfaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postkontos: Dresden 1530
Circulose Riesa Nr. 52.

Nr. 81.

Donnerstag, 8. April 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig durch Post durch
den Briefträger. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen
für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für
die 30 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zelttaubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, Felle Tarif.
Bezahlter Rabatt erhält, wenn der Betrag erfüllt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilage
„Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Deutsche Kolonialmandate.

Bei der Erörterung über die Zweckmäßigkeit des Eintrits Deutschlands in den Völkerbund ist des öfteren das Problem der Kolonialmandate herangezogen worden. Es ist nicht ganz richtig, aus welchen Ursachen gerade im Zusammenhang mit dem Völkerbundeintritt diese Frage aufgeworfen wurde. Unseres Wissens sind Verhörungen, die den deutschen Kolonialwünschen entgegenkommen würden, von Ententeleute niemals gemacht worden. Weder Stresemann noch irgendeiner der verantwortlichen deutschen Diplomaten haben jemals von solchen Verhandlungen gesprochen, geschweige Erklärungen abgegeben, die von einem Verstoßen etwas wissen wollen. Das Einzige, was dieser ganzen Erörterung eine, wenn auch schwache Stütze geben könnte, ist eine allerdings unverbindliche Zusage an die deutschen Delegierten, daß Deutschland, wenn es Mitglied des Völkerbundes wäre, auch das Recht habe, seine Ansprüche auf Kolonialmandate geltend zu machen. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit, die einer solchen Zusage nicht mehr bedurfte, denn sie ist ja schon in dem Statut enthalten, das der Völkerbund sich verfassungsmäßig gesichert hat. Es ist also nicht richtig, daß unser Eintritt in den Völkerbund Deutschland der Erfüllung seiner Kolonialwünsche näher bringt. Denn, wenn es auch als Völkerbundsmitglied solche Ansprüche geltend machen kann, so ist damit noch lange nicht gesagt, daß sie auch berücksichtigt werden. Schließlich gibt es ja überhaupt keinen Anspruch, den das deutsche Völkerbundsmitglied nicht stellen könnte. Das Recht zum Antrag schließt aber nicht das Recht auf Erfüllung des Begehrens ein. Damit ist deutlich gesagt, daß wir auch nach unserem Eintritt in den Völkerbund nicht einen Schritt in der Lösung des Kolonialproblems weiter gekommen sind.

Trotz dieser Tatsache taucht merkwürdigerweise in der letzten Zeit immer und immer wieder in der Presse der negativen Länder das Problem der deutschen Kolonialmandate auf, und zwar in einer Beleuchtung, die auf den ersten Blick den deutschen Wünschen nicht allzu ablehnend gegenüber zu stehen scheint. Man erkennt das Recht Deutschlands auf Kolonien an, man erklärt sich auch bereit, dieses Recht wohlwollend zu erörtern. Aber zu weiteren Konzessionen hat sich die germanische Presse bis jetzt noch nicht aufgeschlossen. Trotzdem hat man in Deutschland diesen Briefkommentaren eine gewisse Bedeutung beigelegt und aus ihnen so etwas wie einen Meinungsmaßstab in dieser Frage im Ententelager herauszufiltern versucht. Diese Hoffnungen sind trügerisch. Man darf ihnen vielmehr die Äußerungen des Berliner Berichterstatters der Times entgegenstellen, die er der Diskussion in der englischen Presse über einen angeblichen deutschen Koloniallehrgang widmet. Nach seiner Ansicht hat diese Diskussion für London und Paris eine von der deutschen gefühlsmäßigen Einstellung zu dieser Frage durchaus abweichende realpolitische Bedeutung. In englischen und französischen Regierungskreisen erörterte man aus zwingenden Sparmaßregeln den Abbau unrentabler und politisch unwichtiger Mandate oder älterer Kolonialbesitzes. Es sei keineswegs ausgeschlossen, daß London und Paris sich auf die Formel einigen könnten, daß, da Deutschland in West eine moralische Entschädigung erlitten habe, eine baldige Befriedigung des deutschen Kolonialbegehrens das für die Alliierten billigste Mittel zur Lösung des verwundeten deutschen Selbstgefühls bilden könnte. Diese Auslegungen, die hier der englischen Presse diskutiert über die deutschen Kolonialmandate gegeben wird, hat eine große Wahrscheinlichkeit für sich. In seiner Verhandlungssprache über die Verteilung von Kolonialmandaten urteilt der Genfer Rat nach dem eigens hierfür konstruierten Begriff der „Fähigkeit“ oder der Unfähigkeit eines Landes sich kolonialwirtschaftlich zu betätigen. Die Unfähigkeit auf diesem Gebiet könnte der Völkerbund Deutschland nicht gut absprechen. Was es kolonialpolitisch zu leisten vermag, das hat es in glücklicheren Zeiten gezeigt, das zeigt heute noch das ehemalige Deutsch-Ostafrika, Deutsch-Südwestafrika, Kamerun usw. Der Begriff der Unfähigkeit kommt also hier in Betracht. Deutschland als fähige Mandatsmacht müßte also berücksichtigt werden. Sollte diese Berücksichtigung aber so geregelt werden, daß man dem sichtlich unwillkommenen Nachschenden, unrentable oder politisch unwichtige Mandate ausliefert, so wäre dem Völkerbundsrecht vielleicht formal entsprochen, den deutschen Interessen aber nicht im geringsten gedient. Aber auch nicht den Interessen der Siegerstaaten. Es gibt da so ein Daves-Abkommen, das neben den Reparationszahlungen an die so reichen Ententemächte auch eine Ausbalancierung des deutschen Etats verlangt. Wie würden sich solche „unrentablen“ deutschen Kolonien auf die Ausgeglichenheit des deutschen Haushaltes auswirken? Gerade die Entspannung des deutschen Finanzkörpers in die Reparationszahlungen könnte eine neue Belastung am allerwenigsten vertragen. Wir brauchen Kolonien. Nicht aus sentimental oder machtpolitischen Gründen. Sondern aus Überlegungen, die aus der Wirtschaft und vielleicht auch aus der Sozialpolitik Deutschlands ihre Überzeugungsstärke zieht. Kolonien schaffen neue Arbeitsmöglichkeiten, könnten also wesentlich auf die Arbeitslosigkeit im Inlande im günstigen Sinne einwirken. Die deutsche Wirtschaft fände neue Absatzgebiete, die leicht zu bearbeiten wären, da Vollstrahlen in Wegfall kämen. Umgekehrt könnten Rohprodukte, ausgeführt aus deutschem Kolonialbesitz, die inländische Produktion vom Auslande wesentlich unabhängiger machen.

Das wären Ersparnisse, die der Ansammlung eines Volkvermögens zugute kommen könnten. Diese für die deutsche Wirtschaft günstigen Wirkungen können aber nur erzielt werden, wenn die Kolonien, die sie bringen sollen, rentabel sind, das heißt, daß ihre Verwaltung und Bewirtschaftung keine allzu großen Kapitalaufwände erfordern. Nur von diesen Gesichtspunkten aus können wir an die Erörterung des Kolonialproblems herantreten.

Zahlreiche Glückwünsche zum Militärjubiläum des Reichspräsidenten.

Berlin. Dem Reichspräsidenten sind zu seinem achtzigsten Geburtstag von schriftlichen und telegraphischen Glückwünschen aus dem Inlande und Auslande zugegangen. U. a. haben Glückwünsche übermittelt die Fürstlichen, Führer des deutschen Heeres im Weltkrieg, die Regierungen von Preußen, Bayern, Württemberg, Baden und andern Ländern, die Oberbürgermeister fast aller großen Städte, sowie zahlreiche führende Persönlichkeiten des deutschen Wirtschaftslebens, der Presse, der Politik, der Wissenschaft, des Roten Kreuzes und zahlreiche Auslandsdeutsche und deutsche Vereine im Auslande. Der Präsident der Freien Stadt Danzig erinnert in seinem Glückwunschsreiben daran, daß Hindenburg seine militärische Laufbahn vor 60 Jahren in Danzig begann. Vom diplomatischen Corps haben Funtius Bacelli und der türkische Botschafter Kemaluddin Pascha sowie der englische Botschafter und seine Gemahlin, ferner der spanische, der russische, der französische und der italienische Botschafter und die Missionschefs zahlreicher Botschaften durch persönliche Besuche dem Reichspräsidenten Gratulationen zu dem achtzigsten Tage übermittelt.

Glückwunsch des Erzbischofs Schulte.

Berlin. (Funkpruch.) Kardinal Erzbischof Schulte hat an den Herrn Reichspräsidenten zu seinem Militärjubiläum folgendes Glückwunschtelegramm geschickt: Vom hohen Dom zu Köln am Rhein wünscht dem Vater des Vaterlandes Glück und Segen vom Allerhöchsten Kardinal Schulte.

Glückwunsch der Deutschen Industrie an Hindenburg.

Berlin. Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat an Hindenburg folgendes Glückwunschtelegramm gerichtet:

Am heutigen Tage, an dem es Euer Excellenz vergönnt ist, die feierliche Feier des achtzigjährigen Militärjubiläums zu begehen, bringt der Reichsverband der Deutschen Industrie hiermit seine ehrerbietigen und herzlichsten Glückwünsche dar. Er gedankt in Dankbarkeit der unergänzbaren Verdienste, die Euer Excellenz sich in schwersten Kriegsjahren um die Verteidigung des Vaterlandes erworben haben. Insbesondere wird die deutsche Industrie niemals vergessen, daß nur infolge der engen Zusammenarbeit mit der Obersten Heeresleitung die Durchführung des wirtschaftlichen Rüstungsprogrammes, das stets mit dem Namen Euer Excellenz verknüpft sein wird, möglich war. Das leuchtende Vorbild von rastloser und äußerster Pflichterfüllung Eurer Excellenz war jedem in der Industrie tätigen Deutschen neben dem aus seiner Vaterlandsliebe entspringenden Willen ein Ansporn zur Vergabe aller Kräfte für das Reich. Möge es Euer Excellenz beschieden sein, noch lange Jahre in dem andauernden glücklichen Ringen um des Reiches und seiner Wirtschaft Zukunft unser bewährter Führer zu bleiben.

Dank des Reichspräsidenten.

Berlin. (Funkpruch.) Das Büro des Reichspräsidenten gibt folgendes bekannt: Anlässlich seines achtzigjährigen Militärjubiläums sind dem Herrn Reichspräsidenten aus allen Gebieten des deutschen Reiches und aus von zahlreichen Deutschen aus dem Auslande Glückwünsche in überaus großer Fülle zugegangen. In seinem Bedauern erlauben die Amtsgeschäfte dem Herrn Reichspräsidenten nicht, die Zuschriften und Telegramme einzeln zu beantworten. Er bittet deshalb alle, die an diesem Tage seiner Freundlichkeit Gedächtnis haben, seinen herzlichsten Dank auf diesem Wege entgegen zu nehmen.

Der Reichspräsident zur Verabschiedung des Reichshaushaltsgesetzes.

Berlin. Der Herr Reichspräsident hat an den Herrn Reichsminister der Finanzen Dr. Reinhold das nachstehende Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Reichsminister! Mit lebhafter Befriedigung habe ich davon Kenntnis genommen, daß es in diesem Jahre der vereinten angestrengten Arbeit des Reichsfinanzministeriums und des Reichstages wie des Reichsrates zum ersten Male seit 13 Jahren wieder gelungen ist, trotz mannigfacher Schwierigkeiten das Reichshaushaltsgesetz rechtzeitig zu verabschieden und so der Wirtschaft des Reiches die gleichmäßige Unterlage für das neue Rechnungsjahr zu geben. Ebenso durfte ich mit Befriedigung feststellen, daß auch die der Verringerung der Notlage unserer Volkswirtschaft dienenden Steuererlasse trotz anfänglicher parlamentarischer Schwierigkeiten von einer großen Mehrheit des Reichstages verabschiedet werden konnten. Daß beides erreicht worden ist, ist neben den Verhandlungen des Herrn Reichsfinanziers in hervorragendem Maße der umsichtigen und unermüdeten Arbeit zu danken, mit der Sie, Herr Reichsminister,

und die leitenden Beamten Ihres Ressorts dieses wichtige Werk der Gesetzgebung behandelt und durchgeführt haben. Es ist mir ein aufrichtiges Bedürfnis, Ihnen und den beteiligten Herren des Reichsfinanzministeriums hierfür meinen Dank und meine Anerkennung auszusprechen. Mit der Verankerung meiner vorläufigen Zustimmung bin ich Ihr sehr ergebener
ges.: v. Hindenburg.

Der Arbeitsplan der Parteien.

aus Berlin. Aus parlamentarischen Kreisen hören wir, daß die Parteien nicht beabsichtigen, vor dem Wiederantritt der Reichstagsauschüsse Sitzungen abzuhalten. Man hält die Frage der Fürstenabfindung für so geklärt, daß eine Erörterung innerhalb der einzelnen Parteien nicht mehr in Frage kommt. Die Vermählungen der Regierungsparteien sind vielmehr darauf gerichtet, eine einmütige Aufassung der Parteien untereinander zu erzielen und auch die Opposition für den Regierungsplan zu gewinnen. Es wird damit gerechnet, daß eine Aushandlung über die außenpolitische Lage, in erster Linie über die deutsche Beteiligung an der Studienkommission ungelöst in die Zeit der Ausschüßberatungen fallen wird, da die Reichsregierung ihre Vorarbeiten kaum früher beendet haben dürfte. Auch der Meinungsaustrausch mit den Weltmächten wird längere Zeit beanspruchen.

Die Beisetzung August Thyssens.

(Kettwig v. d. Brücke. In dem zu einer Kapelle umgewandelten großen Saale des Thyssen'schen Schlosses Landenberg fand gestern nachmittag die Trauerfeier für August Thyssen statt. Kurz nach 3 Uhr nahm Kardinal Schulte in Gegenwart von Vertretern des Reichspräsidenten und der Reichs- und Staatsbehörden, in Anwesenheit des Oberpräsidenten der Rheinprovinz, zahlreicher führender Persönlichkeiten der Wirtschaft und mehrerer Bürgermeister der größeren umliegenden Städte die feierliche Einsegnung der Leiche vor. Gleichzeitig unterbrachen sämtliche Werke Thyssens zum Zeichen der Trauer für 5 Minuten ihren Betrieb. Mit einem Gebet schloß die Feier. Während die vereinigten Gesangsvereine der Thyssenwerke einen Psalm vortrugen, wurde der Sarg auf den Reichswagen gehoben. Alsdann setzte sich der Zug, in dem sich sehr viele Fahnen befanden, zum Friedhof in Bewegung. Auf dem Wege zum Grabe bildeten Werksangehörige, Bergknappen in Galauniform, mit umflorten Grubenlampen, Eisenbahner- und Feuerwehren der Werke Spalier. Auf dem auf Vergehöhe gelegenen Waldfriedhof wurde August Thyssen in einem einfachen Grabe zur letzten Ruhe beigesetzt.

Wenig Einsprüche gegen das Volksbegehren.

Das Wahlprüfungsgericht wird laut „Vossische Zeitung“ anlässlich der Einsprüche gegen die Durchführung des Volksbegehrens nicht zusammentreten. Der Grund, aus dem man dieses Zusammenkommen für überflüssig erachtet, liegt darin, daß eine Aenderung an dem praktischen Ergebnis doch nicht möglich ist, da das Volksbegehren unbedenklich erfolgreich war. Die Zahl der eingegangenen Einsprüche ist sehr gering.

Sonntagsruhe der Reichsbahnangestellten.

aus Berlin. In einer kleinen Anfrage im Preussischen Landtag wurde das Staatsministerium eruchtet, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß den jetzigen Angehörigen der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft hinreichende Sonntagsruhe, insbesondere zur Erfüllung sozialer und kirchlicher Forderungen gewährt werde. Wie aus der Antwort des preussischen Handelsministers hervorgeht, sollen dem Veronal bei der Reichsbahn sieben Rubel-Sonntagsruhe gewährt werden; jedoch erhalten die Zugabteilbedienten des Hauptbahnhofs Breslau nur sieben Rubel-Sonntagsruhe jährlich, wozu noch zwei weitere Sonntage mit Gelegenheit für den Kirchenbesuch kommen. Der Minister hält dies nicht für ausreichend und ist daher bei dem Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft für eine Vermehrung der Rubel-Sonntagsruhe eingetreten.

Die Durchführung des Auslandkredites.

aus Berlin. Die Verhandlungen zwischen dem Reich und den Ländern über die Durchführung des Auslandkredites, besonders über die beiderseitige Uebernahme der Garantie sind mit einem guten Ergebnis zu Ende geführt worden. Wie wir hören, wird nach Rückkehr des Reichsministers nach Berlin ein Ausschuß derjenigen Kabinettsmitglieder gebildet werden, die an der Kreditfrage interessiert sind. Der Ausschuß wird die technischen Vorbedingungen prüfen und das Ergebnis den beteiligten Kreisen vorlegen. Auf Grund dieser Besprechungen wird das Reichsamt dann den gesamten Plan des Auslandkredites der Öffentlichkeit übergeben.

Anlaß zu einem diplomatischen Schritt in Moskau wird die Behandlung der vor längerer Zeit in Ausland inhaftierten deutschen Konsuln geben, die trotz aller bisherigen Bemühungen des deutschen Vorkonsuls noch nicht befreit werden konnten.

Die Hundertjahrfeier Helgolands.

Das Bad Helgoland feiert endgültig am 9. und 10. August seine Hundertjahrfeier, wobei u. a. ein historischer Festzug und die Entdeckung eines Denkmals für den Gründer des Bades, Jakob Andreas Thomsen geplant sind.